

N i e d e r s c h r i f t

**der 6. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 18.02.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:15 Uhr bis 17:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Teilnahmeverzeichnis:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	Vertretung für Frau Nagel
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	Vertretung für Herrn Lange
Katharina Hintz	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	

Egbert Geier	Bürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Tobias Kogge	Beigeordneter
Sabine Ernst	Verwaltung
Oliver Paulsen	Verwaltung
Marco Schreyer	Verwaltung
Anja Schneider	Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 6. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 8.2 Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt und Aufnahme weiterer innerstädtischer Gebietsnamen in den Amtlichen Stadtplan der Stadt Halle (Saale),
Vorlagen-Nummer: V/2013/11461
Vorlage: VI/2014/00364
Gleiche Voten in den Ausschüssen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass nachfolgender Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

- 6.1 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion DIE LINKE / Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für zwei Sozialarbeiterstellen im Sozialraum II
Vorlage: VI/2015/00576

Herr Krause, SPD-Fraktion, begründete die Dringlichkeit des Antrages mit der akuten Situation in dem betreffenden Bereich, um eine schnelle Handlungsfähigkeit wieder herstellen zu können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:
Vorlage: VI/2015/00576

**mit mehr als 2/3 Mehrheit
einstimmig zugestimmt**

Zum Tagesordnungspunkt

- 5.1 Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: VI/2014/00462

liegt ein Änderungsantrag vor, welcher unter dem Tagesordnungspunkt

- 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI, SPD und CDU/FDP zur BV Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut (Vorlage-Nr.: VI/2014/00462)
Vorlage: VI/2015/00619

behandelt werden soll.

Weitere Ergänzungen und Änderungen lagen nicht vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

Einwohnerfragestunde

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 21. Januar 2015
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1 Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: VI/2014/00462
- 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI, SPD und CDU/FDP zur BV Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut (Vorlage-Nr.: VI/2014/00462)
Vorlage: VI/2015/00619

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion DIE LINKE / Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für zwei Sozialarbeiterstellen im Sozialraum II
Vorlage: VI/2015/00576
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
 - 8.1 Mitteilung des Oberbürgermeisters zum Bombenfund an der Berliner Brücke
 - 8.2 *Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt und Aufnahme weiterer innerstädtischer Gebietsnamen in den Amtlichen Stadtplan der Stadt Halle (Saale),
Vorlagen-Nummer: V/2013/11461
Vorlage: VI/2014/00364* abgesetzt
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21. Januar 2015

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 21.01.2015.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse aus der Hauptausschusssitzung vom 21.01.2015 vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

- zu 5.1 **Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut**
Vorlage: VI/2014/00462
-

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI, SPD und CDU/FDP zur BV Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut (Vorlage-Nr.: VI/2014/00462)
Vorlage: VI/2015/00619**

Auf Antrag des Oberbürgermeisters wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ich habe eine Rückfrage. Eigentlich haben sich ja Ausschüsse dafür ausgesprochen. Weshalb müssen wir das jetzt hier also dringend noch mal . . . vielleicht können mich ja Kollegen aufklären, warum wir das hier dringend nochmal im Hauptausschuss behandeln müssen? Weil, eigentlich ist es ja im Finanzausschuss zugestimmt worden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das war eine Frage der Tagesordnung. Und da wir die Tagesordnung bestätigt haben, habe ich das jetzt, Frau Brock, einfach aufgerufen.

Frau Dr. Brock

O. k.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Gibt es Anmerkungen, Stellungnahmen dazu?
Herr Bönisch?

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Wir sind beim Teilbericht Kinderarmut, oder?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Genau.

Herr Bönisch

Wir haben das ja als Fraktion sozusagen mit unterschrieben. Das war aber eben unter dem Vorbehalt der Fraktionszustimmung. Es hat ja so eine Arbeitsgruppe gegeben und da waren wir halt auch vertreten.

Wir bitten, also formal könnte man jetzt sagen, weil das ja alles was drauf steht jetzt unter dem Antrag der unterschrieben ist von der Fraktion mit meinem Namen, dass wir den Antrag zurückziehen, weil wir nicht in allen Punkten zustimmen wollen. Also wir wollen das und wir bitten um getrennte Abstimmung, um nicht allen Punkten zuzustimmen.

Aber ich denke, es ist nicht allzu wichtig, ob jetzt unser Name noch weiter da drunter steht als Miteinbringer oder nicht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also Sie stellen den Antrag dann auf getrennte Abstimmung?

Herr Bönisch

Ja, Punkt 3. Es geht ja um den Änderungsantrag ...*unverständlich* ...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

O.k. Von Seiten der Verwaltung trägt Herr Kogge vor. Bitteschön.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales

Ich hoffe, ich habe es richtig mitgekriegt. Es geht ja um den Antrag wo der Änderungsantrag zu dem Bereich der Maßnahmen Kinderarmutsbekämpfung vorliegt? Weil ich gerade parallel gucken muss. Gut.

Wir haben ja quasi da drei Punkte drauf.

Der erste Punkt, die Schaffung einer Haushaltsstelle. Das heißt, eine perfekte Zuordnung der Leistung in einem Produkt ist natürlich machbar. Man muss nur sagen, welches Produkt man nimmt. Wir haben keine Kostenstellen mehr, das kann man tun.

Punkt 2, die Schulsozialarbeit wird voraussichtlich die Erweiterung des ESF-Landesprogramm im wesentlichen Bereich der jetzigen Arbeit abfangen. Die Anträge sind abgegeben. Wir wissen, dass die Anträge abgegeben sind. Wir sehen momentan keine Deckungslücken.

Das heißt, wir können klar sagen, die Stadt wird, wenn sich ein Deckungsloch wirklich ergeben würde, mit dem Problem erst mal im Jugendhilfeausschuss aufschlagen. Und dann quasi, erst dann könnte man überhaupt erst mal was beziffern. Dann haben wir überhaupt erst mal Deckungslöcher von ein oder zwei Monaten und dann müssen wir überlegen a) ist ...*unverständlich* ... da oder nicht? Maximal fünf. Ich weiß, aber ich gehe davon aus, Land hat ja vor, schnell zu reagieren und umfangreich das aufzunehmen.

Ich fände es nicht gut, das sage ich auch ganz klar, jetzt schon Gelder wieder einzuordnen, damit das Land sofort wieder eine Argumentation macht, wenn die Kommunen schon selber tun und das Geld schon selber einstellen, dann wird das Land sofort sagen, na und, warum dann wir.

Ich sage Ihnen das so offen. Ich empfehle Ihnen, dort erst abzuwarten, erst die Landesanträge und dann das andere. Dazu kommt, dass die Sommerpause, Schulsozialarbeiter sind in der Regel in der Schulzeit tätig, gerade Sommerpause fällt aus. Auch bei den Schulsozialarbeitern.

Meine Bitte noch einmal. Ich sage Ihnen, ja ich verstehe das Problem, ja wir stellen uns dem Problem, so haben wir uns im Haushaltsausschuss hier und im Finanzausschuss geeinigt. Ja es will keiner aussitzen. Aber eines geht auch nicht. Ich glaube, dass wir uns nicht selber überholen können, besonders nicht mit allen Anträgen. Hier, sage ich ganz offen, habe ich meine großen Bedenken.

Zu der Sache Halle-Pass. Der Halle-Pass zurzeit ist auch ohne zusätzliche Mittel und Leistung untersetzt und zwar mit Leistung. Es ist der Eintritt der Bäder GmbH drin, es ist der Eintritt zum Beispiel in Kulturbereiche drin, es hat Iris-Regenbogenzentrum zum Beispiel . . . *unverständlich* . . .

Er wird anerkannt. Das einzige, was momentan nicht ist, die Betreffenden, die ihn anerkennen, kriegen keine, ich sage mal Erstattung für ihre Leistung, die sie im Rahmen des Halle-Passes bringen.

Der Halle-Pass an sich momentan ist dennoch, gerade in den Sommerferien, Bäder GmbH, ein sinnvolles und positives Instrument. Und keiner möchte den, ich sage es mal jetzt hier, irgendwo aus der Bevölkerung rausziehen. Wir haben auch nicht weniger Antragsteller, sondern wir haben nur eins, wir haben momentan die Nutzung auf diese Punkte, wie bisher auch, ohne Finanzausgleich.

Die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, das kann die Verwaltung sofort aufnehmen. Da werden wir mal rangehen. Die Erfahrung mit BuT hat sicher auch gezeigt, dass es gut ist, nochmal daran zu erinnern. Ich gebe zu, ich habe bei so einem Instrument wie dem Halle-Pass schon immer gedacht, es läuft automatisch eigentlich so bei den Eltern. Aber da können wir noch mal rangehen.

Den Halle-Pass für andere Aufgaben zu benutzen, also quasi zum Beispiel für Aufgaben wie, ein Dokument was absolut fälschungssicher ist für andere Aufgaben, dann müssten wir den Halle-Pass umbauen. Das heißt, da müsste man ihn umbauen und sagen a) personalmäßig und b) natürlich die Gestaltung des Halle-Passes als solches.

Bloß, das sage ich mal, ist es ja bis jetzt bei Ihnen so, dass Sie sagen, ja Sie wollen andere Aufgaben, aber Sie wollen erst mal uns sagen, welche anderen Aufgaben. Von daher kann ich hierzu nur sagen, muss man abwarten.

Die perspektivische Bereitstellung des Sozialtickets, da gebe ich Ihnen offen zu, ich habe wiederholt über Sozialtickets geredet, in Dresden wie auch hier. Die verlangen etwas mehr als momentan nur die Frage des wieder ... *unverständlich*

Ich finde es vollkommen richtig, dass man überlegt, wie kann man eventuell in der Stadt andere Strukturen im öffentlichen Nahverkehr entwickeln beziehungsweise auch den öffentlichen Nahverkehr, ich sage es mal, im Sinne von ÖPNV fördert.

Aber es verlangt mindestens eine Machbarkeitsstudie. Es verlangt klare Zahlen und zwar Benutzer, da habe ich die ersten Zahlen. Was ich nicht habe sind Zahlen über die Frage der Finanzierungsströme. Was wir nicht haben sind Zahlen momentan, wie die anderen am Produkt Beteiligten eventuell darauf reagieren. Es gibt sowohl Landesanteile als momentan auch Anteile bei der Bundesagentur.

Ich kann Ihnen sagen, ohne klare Finanzuntersetzung würde ich auf einer Einführung eines perspektivischen Sozialtickets zurzeit nicht mitstimmen. Ich sage es deswegen so deutlich, Sie können ja von mir immer positive Antworten erwarten, aber Sie erwarten ja offene Antworten. Die offene Antwort ist, wenn Sie nicht genau wissen, wie die Wirkung auf die anderen Finanzströme ist, sollte man da nicht erst mal rausgehen und sagen, wir machen es, um dann festzustellen, dass die anderen sagen, wir machen es nicht.

Also ich halte es in erster Linie für wichtig, erst mal genau zu klären. Dazu läuft der Antrag momentan im Sozialausschuss. Warten Sie doch erst mal bitte die Beantwortung ab. Gucken sie doch erst mal nach, was Sie da bekommen. Schauen Sie doch bitte erst einmal auf die Ergebnisse und dann beauftragen Sie die Verwaltung nach und nach, wenn wir mehr brauchen, bevor wir uns hier selber wieder überholen.

Und schlussendlich sage ich mal, wir zwar außen viel geschafft haben, aber es ist nichts passiert.

Meine ganz ehrliche Bitte, ganz offen, Punkt 3 ist meiner Ansicht nach keiner, der uns zurzeit in der Form erklärt, was die Verwaltung machen soll. Die Verwaltung kann nur empfehlen, bevor wir sagen, wir wollen es perspektivisch einführen, erst einmal die Voraussetzungen, die Hausaufgaben zu machen, was die Rahmenvoraussetzungen sind, um das überhaupt zu fordern. Sie würden ja auch gern ungerne etwas fordern, was sich nachher herausstellt, ...*unverständlich*

Meine Bitte an der Stelle, Punkt drei sehr, sehr vorsichtig. Eher Tendenz, sage ich ganz offen, würde es nicht tun.

Zwei, sage ich, Schulsozialarbeit läuft. Warten Sie doch bitte ab, bis das Land erst mal die Bescheide gemacht hat und nicht eventuell zurückschreckt, wenn wir schon was haben. Und Punkt eins und zwei habe ich meine Position gesagt.

Der Antrag ist differenziert wahrzunehmen. Der Antrag hat durchaus erkennbar für mich an vielen Stellen einen gewissen Reiz, aber diesem Reiz will ich erliegen, nicht wenn es um das Geld geht, sondern wenn es darum geht, etwas zu tun.

Zusammenfassend, ich empfehle den Antrag abzulehnen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wenn man in die Teilbereiche reingeht Herr Kogge, drei also nein, zwei ja und eins auch ja? O. k. dann ist jetzt Herr Dr. Meerheim dran. Dann Herr Krause.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

Also ich verstehe Ihre Argumentation überhaupt nicht. Zu Punkt 1 kann ich es überhaupt nicht nachvollziehen. Selbstverständlich kann ich eine Haushaltsstelle schaffen. Das ist absolut möglich.

Zwei ist eigentlich nur eine Wiederholung dessen, was wir im Rahmen der Haushaltsdebatte sowieso beschlossen haben. Da haben wir nämlich gesagt, und das ist auch aktenkundig, dass wir, Sie erinnern sich, ursprünglich war der Antrag, dass wir dort den Differenzbetrag von August bis Dezember in den Haushalt einstellen.

Dann gab es diesen Hinweis auf das ESF-Programm. Da haben wir gesagt, o.k., wenn das ESF-Programm greift, dann brauchen wir die Mittel nicht. Sollte das Programm nicht greifen derart, wie wir es hier definiert haben, also sprich auf dem Niveau was wir jetzt haben, dann müssten wir das aus dem Haushalt finanzieren. Das war der Beschluss.

Das gibt dieser Beschlusspunkt 2 eigentlich auch nur nochmal wieder und erneuert das sozusagen und bekräftigt diesen Willen des Stadtrates.

Und bei Punkt 3, na gut, da kann man ja dezidiert anderer Meinung sein. Und da gibt es halt also zum Beispiel in dem Punkt 3, ist das ein Grund wie bei der Planung, ein Grundsatzbeschluss. Ich habe vor, in diese Richtung zu gehen. Die Ausstattung im Einzelnen folgt später, zum gegebenen Zeitpunkt.

Und der politische Wille, wenn eine Mehrheit sich dazu bekennt, würde das zum Ausdruck bringen, was der Punkt 3 sagt.

Und bei der Öffentlichkeitsarbeit, wenn wir jetzt von unten anfangen, da erwarte ich tatsächlich etwas mehr, als in den vergangenen Jahren hier an der Stelle passiert ist. Da ist dieser Halle-Pass nämlich überhaupt nicht mehr beworben worden, sondern im Gegenteil, wenn es nicht durch Mundpropaganda der Betroffenen selbst, die ihn in Anspruch genommen haben, fortgetragen würde, wäre es wahrscheinlich bei anderen Betroffenen gar nicht angekommen.

Im Regelfall funktioniert das noch am ehesten, ich sage mal, im Bereich Kita, weil die dort im gewissen Maße auch nur von den KJHG-Regelungen in prozentualen Anteilen partizipieren. Aber darüber hinaus eben nicht. Und es gibt ja nicht nur Leute, die darauf einen Anspruch haben, deren Kinder in Kindereinrichtungen sind, sondern auch ältere Bürger oder ganz normale, so wie wir, vom Alter her.

Was das Leistungsangebot betrifft, den Ausbau, dazu ist dezidiert Ihnen mitgeteilt worden, dass sich die antragstellenden Fraktionen dazu dann zum gegebenen Zeitpunkt nochmal äußern werden. Und selbstverständlich stellen wir einen solchen Antrag nicht einfach mal so aus der Luft gegriffen und verantwortungslos daher. Wir werden uns schon darüber Gedanken machen, wie das auszugestalten ist und möglicherweise auch wie es zu finanzieren ist.

Und dass das möglicherweise nicht sofort und gleich geht in 2015, sondern möglicherweise auch in Etappen, das sieht dieser Punkt 1 und Punkt 3 ja, sagt das ja nicht sofort, sondern es steht da, dieser Wille, dass man es ausbauen möchte. Aber es ist nicht gesagt zu welchen Zeiträumen. Da muss man gucken, was möglich ist. Das ist doch ganz logisch. Das impliziert das.

Und deswegen bitte ich also auch dringend darum, diesem dritten Punkt insgesamt zuzustimmen, weil es uns in der Sache um die Verhinderung, soweit es geht, im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten von Kinderarmut beiträgt. Und dazu ist für uns der Halle-Pass ein geeignetes Mittel.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Da Herr Dr. Meerheim schon etliches ausgeführt hat, möchte ich das nicht wiederholen. In der Tat, man kann das unterschiedlich sehen. Ich würde es mal so sagen. Der Punkt 3, den kann man auch unterschiedlich interpretieren. Aber man kann sagen, es ist so etwas wie eine Absichtserklärung. Die auszukleiden ist eine andere Geschichte.

Aber die Verwaltung weiß mit dieser Absichtserklärung erst mal, wo eigentlich der Stadtrat etwa hin will. Und wie es dann nachher genau aussieht, das muss man dann im Einzelnen sowieso nochmal diskutieren. Das ist nicht Gegenstand des Beschlusses.

Bei zwei teile ich, verstehe ich erst mal sozusagen, der Gedanke, der dahintersteht. Ist aber auch nicht weiter problematisch. Das Land kann von uns nicht eine Finanzierung verlangen, wenn ESF-Mittel bereitstehen. Das heißt, wir haben vorsorglich im Haushalt schon mal eine Klarstellung gemacht und geben jetzt im Grunde der Verwaltung eine legitimierte Handlungsgrundlage, sofort, ohne nochmal nachzufragen, zu handeln, wenn sie bemerkt, dass flutscht nicht richtig, das läuft nicht richtig, wir müssen nachsteuern. Dann habt Ihr nicht mehr die Notwendigkeit, nochmal in den Rat zu kommen und einen Beschluss abzuholen, sondern das ist damit schon legitimiert, ist eigentlich was Gutes.

Herr Beigeordneter Kogge

Ich habe darauf reagiert. Ich habe gesagt, wenn ich kein Geld einstellen muss, wir quasi die Situation so haben, dass wir erstmal die Landesanträge abwarten, würde ich dann, wenn es dann Probleme gibt, mich an den Jugendhilfeausschuss wenden, dass er quasi eine Zustimmung ... *unverständlich* ... und dann quasi müssen wir da weiterschauen.

Das ist ja das, wo ich gesagt habe, ja.

Bei drei gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist, ich verstehe das als einen lenkungsweisenden Hinweis für das, was die Politik von der Verwaltung will. Und ich verstehe die Antwort, die wir gegeben haben.

Die Wünsche, die Sie haben und die Machbarkeit, die wir haben, gehen momentan an zwei Stellen auseinander. Und das ist quasi das, wo ich hinweise und sage, wir sehen (ich sehe) an der Stelle große Schwierigkeiten angesichts der Veränderungen, die wir im Sozialbereich haben. Nicht nur im Sinne von nur Negativen, aber auch von weiteren Herausforderungen, sind die Anspannungen, die wir haben, an vielen Stellen ...*unverständlich* ... und ich bitte, einfach hier zu verstehen, dass die Verwaltung Ihnen vorschlägt, noch mal deutlich zu sagen, Achtung aufpassen.

Zurzeit sehe ich, ehrlich, in meinem Dezernat und auch darüber hinaus, wir haben uns abgestimmt, gesprochen mit Herrn Geier, wir sehen momentan wirklich nur Probleme und diese Probleme heißen ...*unverständlich* ... ich kann natürlich immer ein bisschen was verschweigen, macht manchmal sympathisch, aber es hilft nicht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand
Frau Haupt.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

Mein Fraktionschef hat eigentlich schon das Wesentliche gesagt.

Mir war wichtig, auch nochmal den dritten Punkt nochmal hervorzuheben. Es ist tatsächlich, so sehen wir das, es steht da auch 2016 drin, eine Perspektive, die wir damit, also die Mehrheit, sage ich mal, der hier Unterschriebenen sehen und damit wirklich so eine Art Arbeitsauftrag auch an uns selber, dass wir nämlich in der Arbeitsgruppe, die wir gebildet haben, auch der Auftrag an uns selber, dass wir das damit vorbereiten. Wir haben uns selbst den Auftrag gegeben, auch in dieser Art weiter zusammenzuarbeiten.

Und ich sage mal, auch in diesem Jahr ist es uns ja gelungen, mehrheitlich, was den Halle-Pass angeht, in kleinen Schritten auch schon etwas zu bewegen. Und das meinen wir damit.

Kinderarmut, das wissen wir ja, ist ja nur begrenzt durch die Kommune aufzufangen. Und die wenigen begrenzten Mittel die wir haben, können wir eben zum Beispiel durch das Instrument, wie mein Fraktionschef schon gesagt hat, Halle-Pass, könnten wir etwas bewegen.

Deshalb diese Perspektive. Wir haben uns ja gesagt, wir wollten wenigstens zwei ganz konkrete Maßnahmen bringen, weil uns der Maßnahmeplan insgesamt, das wissen Sie, ein bisschen zu locker war, sage ich mal. Das sollte dieser Anspruch auch sein. Also der dritte Punkt ist gleichzeitig eine Perspektive, wollte ich bloß nochmal unterstreichen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand
Ich bitte um ein Wortprotokoll.
Herr Wolter und dann Frau Brock.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Ich habe jetzt wirklich auch ihre Ausführungen nicht wirklich nachvollziehen können, Herr Kogge.

Kann die Bedenken von Herrn Bönisch zu Punkt 3 aus der Fraktionssitzung anscheinend von Ihnen nachvollziehen, Herr Bönisch. Aber wenn das jetzt für mich auch mal vielleicht zwischen Ihnen einen Austausch gab, es ist ein politisches Signal, ist ein Auftrag an die Verwaltung.

Und wenn hier ein Beschluss gefasst wird, können Sie gerne Ihre Schwierigkeiten hier definieren, auch im Hauptausschuss. Aber letztendlich geht es dann in die Umsetzung, damit Sie beschreiben können, was für Möglichkeiten Sie haben.

Also wenn ich da so was lese wie zusätzliche Mittel und da steht nicht eine halbe Million und da steht auch nicht 10.000 und Sie uns dann zu sagen haben, was für zusätzliche Mittel Sie denn hier möglich machen können, dann ist das doch ein Auftrag, den Sie hier aus dem Rat kriegen.

Und, Herr Kogge, diese ganze Beratung in der Arbeitsgruppe ist nur passiert, weil Sie keinerlei konkrete Maßnahmen in diesem Bericht mit vorgelegt haben. Deswegen haben sich hier die Stadträte zusammengesetzt und haben ein kleines Paket geschnürt und haben gesagt, gut, wir wollen das nicht nur als Bericht verabschieden und da war die CDU ja auch mit beteiligt, sondern wir wollen gucken, was es hier zukünftig zutun gibt.

Und diese drei Themen waren unisono von uns allen geteilt. Ich will da nichts wiederholen. Ich möchte Ihnen nur noch mal sagen, Herr Kogge, Erhaltung der Schulsozialarbeit bedeutet nicht, dass wir hier Sie beauftragen, um Gottes Willen, keine Landesmittel mit einzuwerben, es beauftragt Sie nur, sozusagen dafür Sorge zu tragen, dass das weiterhin gesichert ist. Wie Sie das machen, das ist eben genau Ihre Aufgabe.

Und bei drittens ist es wirklich mehr die Perspektive, die darin enthalten ist, das ist schon mehrfach gesagt.

Und die Ausgestaltung, da erwarten wir natürlich von Ihnen dann Vorschläge, wie diese Verbesserung passieren kann. Und dann können Sie gerne sozusagen die kritische Haltung, die Sie jetzt sozusagen schon mit angekündigt haben dazu, mit einfließen lassen. Aber es bedeutet ja, dass das Themenfeld Halle-Pass auch in allen Beratungen der letzten Jahre immer wieder ein Thema war, was wird zukünftig damit passieren. Soll es, wie soll es verbessert werden? Wie soll es vielleicht auch konkretisiert werden für die Betroffenen? Da gibt es ja ganz viele Perspektiven.

Es kann sogar dazu Folge sein, dass Sie einen Vorschlag machen, wo es gar nicht um zusätzliche Mittel geht, sondern um eine andere Art von Kooperation zwischen verschiedenen Institutionen und Gesellschaften hier in der Stadt. Also da haben Sie ja eine ganz breite Möglichkeit, dort aktiv zu werden, die im Grunde genommen eine Verbesserung in diesem Bereich ...*unverständlich* ...

Also wir stimmen diesem Antrag in allen drei Punkten weiterhin zu und ich denke auch, dass es da eine Mehrheitsfähigkeit gibt, ohne dass, sage ich mal, das Ausräumen der Bedenken, die da vielleicht im Raum sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand
Frau Brock.

Frau Dr. Brock

Ja, ich wollte vielleicht nur noch hinzufügen, wir sind ja eigentlich nicht mehr im Meinungsbildungsprozess, sondern wir sind eigentlich dabei, jetzt das für den Stadtrat hier nochmal mit dem Hauptausschussvotum zu versehen. Und ich gehe davon aus, Herr Kogge, dass Sie die Mehrheit des Stadtrates dann akzeptieren und in diese Richtung auch tätig werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Hier gibt es eigentlich was, was ungewöhnlich ist und etwas, was wir nicht so jeden Tag wollen.

Hier gibt es jetzt einen Änderungsantrag zu einer Beschlussvorlage, die einen Bericht einbringt. Und wir ändern schon und sagen, wir wollen nicht den Bericht haben, wir wollen jetzt Maßnahmen beschließen, wie wir in den Bericht aufgezeigten Sachverhalten begegnen können. Ich kann damit leben, dieses formale.

Aber wenn man den Bericht eigentlich mal richtig liest, was steht da drin, da stehen keine neuen Maßnahmen. Aber was alles gemacht wird, das wissen wir alle und es ist enorm viel. Dass wir an manchen Stellen dort vielleicht noch bessere Ausprägungen erschaffen könnten, wäre ja auch noch eine Frage. Ist überhaupt nicht diskutiert worden. Klingt nicht gut. Wir müssen jetzt mal was machen, hau ruck der Wald ist grün, wir wollen ja unseren Kindern was gutes, also machen wir uns mal einen Antrag.

Und weil uns nichts einfällt aus dem Handgelenk, interessanterweise, man hat nicht so was, wo man sagt, das können wir machen und das müssen wir jetzt gleich machen. Dann setzten wir uns mal zusammen und überlegen mal, was wir hübsches aufschreiben können.

... Zwischenrufe ...

So ist es doch passiert. Geben Sie es doch zu, weil spontan im Ausschuss niemandem was einfiel. Ich war in der Ausschusssitzung dabei als das zum ersten Mal in Rede stand.

Und deswegen sollte man die Füße auf dem Boden halten.

Wir haben an der Stelle wirklich eine ganze Menge schon getan. Es ist eine ganze Menge zu tun und man müsste vielleicht nochmal überprüfen, ob das, was wir alles tun, das richtige ist und ob wir vielleicht andere Maßnahmen ansetzen sollten.

Aber jetzt einfach mal sozusagen das so hoch zu hängen, das ist jetzt die Zukunft der Menschheit, wir müssen jetzt endlich mal das Sozialticket, was wir schon seit vielen Jahren gerne mal hätten, jetzt müssen wir es auf den Weg bringen.

Und wenn wir jetzt hier zustimmen dann sagen wir, damals habt ihr aber zugestimmt, dass wir das vorbereiten wollen. Die Ausprägung kennt kein Mensch, aber wir schreiben es mal auf, klingt ja gut.

Also wir werden jetzt nicht sozusagen alles hier verhindern, aber Ihr solltet da ein bisschen auch da bleiben, wo es hingehört. Nämlich es geht letztendlich um das Wohl der Kinder und nicht darum, wie wir gut dastehen im Stadtrat weil wir so tolle Menschen sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Ende des Wortprotokolls.

zu 5.1.1 **Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI, SPD und CDU/FDP zur BV Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut (Vorlage-Nr.: VI/2014/00462)
Vorlage: VI/2015/00619**

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

1. B.-Punkt: einstimmig zugestimmt
2. B.-Punkt: einstimmig zugestimmt
3. B.-Punkt: 7 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat stimmt dem anliegenden Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Teilberichterstattung Kinderarmut zu und beauftragt die Stadtverwaltung, folgende zusätzliche Maßnahmen umzusetzen:

1. Schaffung und Ausstattung einer neuen Haushaltsstelle für das Jahr 2016, die die zusätzliche Arbeit zur Bekämpfung der Folgen von Kinderarmut ermöglicht,
2. Erhaltung der Schulsozialarbeit für das Jahr 2015/16 mindestens auf dem Niveau des Vorjahres
3. Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Aufwertung des Halle-Pass ab 2016; es gilt: 1. das Leistungsangebot auszubauen, 2. die Öffentlichkeitsarbeit für den Halle-Pass zu intensivieren und 3. in der längerfristigen Perspektive auf die Bereitstellung eines Sozialtickets hinzuarbeiten.

zu 5.1 **Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: VI/2014/00462**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
7 Ja-Stimmen
5 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag:

~~Der Stadtrat beschließt den anliegenden Maßnahmenplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut (Anlage 1).~~

Der Stadtrat stimmt dem anliegenden Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Teilberichterstattung Kinderarmut (Anlage 1) zu und beauftragt die Stadtverwaltung, folgende zusätzliche Maßnahmen umzusetzen:

1. Schaffung und Ausstattung einer neuen Haushaltsstelle für das Jahr 2016, die die zusätzliche Arbeit zur Bekämpfung der Folgen von Kinderarmut ermöglicht,
2. Erhaltung der Schulsozialarbeit für das Jahr 2015/16 mindestens auf dem Niveau des Vorjahres
3. Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Aufwertung des Halle-Pass ab 2016; es gilt: 1. das Leistungsangebot auszubauen, 2. die Öffentlichkeitsarbeit für den Halle-Pass zu intensivieren und 3. in der längerfristigen Perspektive auf die Bereitstellung eines Sozialtickets hinzuarbeiten.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für zwei Sozialarbeiterstellen im Sozialraum II Vorlage: VI/2015/00576

Auf Antrag des Oberbürgermeisters wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Soll der Antrag nochmals begründet werden von den Antragstellern? Das ist nicht der Fall. Dann Stellungnahme der Verwaltung durch Herrn Kogge, bitteschön.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales

Es war ja der Wunsch noch einmal drei Dinge zu hören.

Erstens der Wunsch, wie wollen wir diese Sozialarbeiter, wenn wir sie nehmen, also wenn die entsprechend aufgebaut werden, wie soll das Ganze geschehen?

Es ist so, dass der Unterausschuss und der Jugendhilfeausschuss von Ihnen beauftragt wurden, hierzu einen Vorschlag zu machen. Das ist geschehen. Wir haben also die Situation, dass gesagt wird, ja, aber bitte nicht beide in einer Einrichtung, sondern a) eine in eine Einrichtung, die andere später. Nach zwei Monaten erst mal gucken und beobachten und dann sagen, ist sie quasi mehr mobil einsetzbar oder nicht.

Das würde heißen, dass wir eine Kostensumme von 75.000 Euro zurzeit im Haushalt aufnehmen müssten, beziehungsweise wir einen Ort finden, wo das Geld gesichert werden kann.

Nachdem wir uns beide, wie Sie den Wunsch hatten, Herr Geier und ich uns zusammengesetzt hatten und gesagt hatten, wie kriegen wir das hin, haben wir gesagt, gut, wenn diese Priorität von Ihnen für uns so gesehen wird, ordnen wir sie ein. Wir ordnen sie ein im Geschäftsbereich IV und wir werden quasi im Budget des Bereiches hier die entsprechende Summe finden.

Das heißt, wir gehen momentan davon aus, dass wir im Bereich Rückforderung und Mehrerträge dies zu verankern haben. Und quasi ist da zu erwarten, dass wir nicht verbrauchte Mittel aus dem Jahr 2014/2015 hier vorerst angehen.

Das ist quasi die Situation. Das ist für ein Jahr bis Ende 2015 und wenn dann für 2016 das käme, müsste es im normalen Budget des Fachbereiches Bildung untergebracht werden. So dass quasi nicht über diesen Antrag ein Auswachsen der Haushaltsstelle möglich ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das heißt, Empfehlung?

Herr Beigeordneter Kogge

Wir würden jetzt momentan so sagen, dass die Verwaltung den Auftrag übernimmt oder aufnimmt und quasi dann die Sache dementsprechend umsetzt, ohne eine finanzielle Ausweitung ...*unverständlich* ...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Auch hier würden wir ein Wortprotokoll aufnehmen.

Wird noch weiter das Wort dazu gewünscht? Herr Bönisch.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Ich fasse mal zusammen, es ist gestern im Finanzausschuss gesagt worden von Herrn Geier, es sei kein Problem, das aus dem Fachbereichshaushalt zu decken. Wurde mir berichtet, von den Leuten, die da waren. Stimmt wohl nicht? Na was ist dann für eine Deckung vorgesehen?

Herr Beigeordneter Kogge

Herr Geier ist beauftragt worden mit Herrn Kogge ein Gespräch zu führen und zu gucken, wie er in seinem Dezernat Kogge das zu klären hat.

Herr Bürgermeister Geier

Gestern war die Diskussion so, Geier benenn mal konkret ein Produkt, aus dem man diese 75.000 nehmen kann. Da habe ich gesagt, das ist mir nicht möglich. Da muss man dann schon im Gesamthaushalt gucken.

Die Absprache war aber dann, dass sich sozusagen der Fachdezernent und der Finanzdezernent mal zusammensetzen und gucken, was da möglich ist. Das ist hier vorgetragen worden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das bedeutet jetzt, Empfehlung der Verwaltung Herr Kogge, ist?

Herr Beigeordneter Kogge

Ich habe das aufzunehmen und wenn das so beschlossen wird quasi dann innerhalb meines Budgets abzudecken.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Bönisch?

Herr Bönisch

Ich habe mal noch eine Frage. Ich habe das also in den Unterlagen vom Unterausschuss Jugendhilfeplanung gehört, dass der Betreiber des „Blauen Elefanten“ dafür gesprochen hat und gesagt hat, man hätte jemand gefunden, eine junge Frau, die Psychologiestudentin ist und die das machen kann. Würde das bedeuten, die sollte jetzt für eine Weile bezahlt werden von dem Träger, damit ... *unverständlich* ...

Herr Beigeordneter Kogge

Sie spricht rumänisch, ist Diplompsychologin und würde quasi dann für den Tarifsatz Sozialpädagogin im „Blauen Elefanten“ tätig werden für acht Monate.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Weitere Wortmeldungen zu dem Punkt?
Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Der durch die CDU geänderte Antrag liegt uns ja vor. Das ist ja übernommen worden vom Antragsteller. Da steht jetzt noch, die Finanzierung erfolgt aus dem Gesamthaushalt. Ich freue mich ja sehr über die Konkretisierung jetzt. Ich würde da dem Antragsteller empfehlen, dass er sozusagen diese Konkretisierung ...

Herr Dr. Meerheim

Muss ich nicht. Weil, wir haben auch gestern beschlossen, dass es aus dem Gesamthaushalt finanziert wird. Und dazu gehört unter anderem auch der Fachbereich IV, der Geschäftsbereich IV.

Wir haben darüber diskutiert, du hast die Frage gestellt, ich erinnere mich. Du hast dann das ein bisschen kritisch gesehen, wenn es aus seinem Bereich sozusagen finanziert worden wäre.

... *Zwischenrufe* ...

... den Antrag, diesen Geschäftsbereich auszuschließen. Insofern ist es egal, aus welchem Geschäftsbereich es jetzt kommt. Der Gesamthaushalt ist auch der Geschäftsbereich IV.

Herr Wolter

Dann ziehe ich meine Empfehlung zurück, danke.

Herr Dr. Meerheim

Insofern würde die Änderung nichts bringen.

Herr Bönisch

Und über welche Vorlage stimmen wir dann jetzt ab?

Herr Krause

Über die geänderte.

... *Zwischenrufe* ...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die heute geänderte Fassung, die vorliegt.
Haben alle die Fassung?

Gibt es noch Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.
Auch hier bitte ein Wortprotokoll und dann können wir darüber abstimmen.

Ende des Wortprotokolls.

**zu 6.1 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion
DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von
Mitteln für zwei Sozialarbeiterstellen im Sozialraum II
Vorlage: VI/2015/00576**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Es werden zusätzliche Haushaltsmittel (Zuschuss) für freie Träger zur Einrichtung von **maximal 2** Sozialarbeiterstellen im Sozialraum 2 zur Verfügung gestellt (**Zuschussbefristung 1 Jahr**).
2. Diese finanziellen Mittel werden für die Einrichtung von 2 Stellen in der Jugendarbeit eingesetzt. Inhaltlicher Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Integration von Flüchtlingen und EU-Bürgern in bestehende Strukturen. Dabei soll mit den vorhandenen Einrichtungen eng zusammengearbeitet werden.
3. ~~Die fachliche Untersetzung und Zuordnung dieser Stellen erfolgt in der Sitzung des Unterausschusses für Jugendhilfeplanung am 17.02.2015.~~
Die maximale Zuschusshöhe beträgt 75T EUR im Jahr 2015. Die Finanzierung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.
4. **Es findet eine quartalsweise Evaluierung im Jugendhilfeausschuss statt.**
5. **Die auszuschreibenden Stellen sollen sich am Bedarf der Flüchtlinge und EU-Bürger orientieren. Zwingende Voraussetzung für die Einstellung der Sozialarbeiter sind die sprachliche Qualifikation und Kompetenz, die sich an der Muttersprache der Flüchtlinge und EU-Bürger orientieren soll.**

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

**zu 8.1 Mitteilung des Oberbürgermeisters zum Bombenfund an der Berliner
Brücke**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass es sich bei der heute gefundenen Bombe um eine 125 Kilo-Bombe handelt. 1.000 Menschen sind von der für morgen geplanten Evakuierung betroffen. Die Sprengung der Bombe soll um 14 Uhr erfolgen. Am heutigen Tag würden alle Anwohnerinnen und Anwohner in einem Radius von 500 Metern um den Fundort über die Maßnahmen informiert. Die entsprechenden Sperrungen sind bereits erfolgt.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Stand Interessenbekundungsverfahren Stadtbad

Frau Dr. Brock fragte an, wann man von den Interessenbekundungsverfahren zum Stadtbad erfahre und wann der Beschluss umgesetzt werde.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass es zwei Interessenbekundungen gäbe, welche momentan in der Bäder Halle GmbH ausgewertet werden. Nach erfolgter Auswertung durch den Geschäftsführer der Stadtwerke GmbH werde die Verwaltung die Stadträtinnen und Stadträte informieren.

zu 9.2 Anfrage Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI, zum Stand Widerspruch Fraktionsfinanzierung

In Bezug auf den Widerspruch des Oberbürgermeisters zur Fraktionsfinanzierung fragte **Herr Dr. Meerheim**, ob es schon eine Stellungnahme des Landesverwaltungsamt dazu gäbe.

Laut Aussage von **Herrn Schreyer, Fachbereichsleiter Recht**, sei das Landesverwaltungsamt diesbezüglich an keine Frist gebunden und es läge noch keine Stellungnahme vor.

Herr Dr. Meerheim bat die Verwaltung um einen schriftlichen Hinweis an das Landesverwaltungsamt, dass eine Stellungnahme zeitnah erwartet wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Nachfrage beim Landesverwaltungsamt für Anfang des nächsten Monats zu.

zu 9.3 Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI, zum Stand Rückzahlung Entschädigungen der Stadträte

Herr Dr. Meerheim fragte nach dem Sachstand zum Problem der Rückzahlungen der Entschädigungen der Stadträte.

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, verwies darauf, dass man sich in der Fraktionsvorsitzendenrunde darauf verständigt habe, in einem Schreiben dem Landesverwaltungsamt mitzuteilen, dass es keine Beanstandung gegeben habe und deshalb keine Veranlassung für eine Prüfung auf Rückforderung gesehen wird. Das Schreiben werde in dieser Woche dem Landesverwaltungsamt zugeleitet.

**zu 9.4 Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI, zur
Einwohnerfrage Herr von Sivers zum Denkmal für Sinti und Roma**

Herr Dr. Meerheim erinnerte an die Anfrage eines Einwohners in einer Stadtratssitzung zur Errichtung eines Denkmals für die in Halle umgebrachten Roma und Sinti. Es habe damals eine positive Reaktion von Seiten der Verwaltung gegeben und er fragte nach den Überlegungen der Verwaltung diesbezüglich.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Sport, teilte mit, dass man sich in Gesprächen mit Herrn von Sivers befinde und noch auf der Suche nach geeigneten Möglichkeiten sei.

**zu 9.5 Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Weiterleitung der
Themen Speakers´ Corner**

Herr Bönisch bezog sich in seiner Anfrage auf die Anregung von Herrn Cierpinski aus der letzten Stadtratssitzung, dass die Themen von Speakers´ Corner an die Fraktionen übermittelt werden sollen.

Dazu teilte **Frau Ernst, Leiterin Büro des Oberbürgermeisters**, mit, dass Speakers´ Corner von der Verwaltung begleitet wird, Themen und Rednerinnen und Redner nicht dokumentiert werden.

**zu 9.6 Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Internetplattform
"Sag´s uns einfach"**

Herr Bönisch fragte nach den Zugriffen der Stadträte auf die Internetplattform „Sag´s uns einfach“ und ob es eine Zusammenstellung der einzelnen Themen gäbe.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine Zusammenfassung der verschiedenen Themenfelder und Information an die Stadträte zu.

zu 9.7 Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur weiteren Verfahrensweise Rosengartenbrücke

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Bönisch

Noch eine zweite Frage.

Wie geht man jetzt weiter um mit dem Thema Rosengartenbrücke?

Jetzt ist ja nun dieser Aufhebungsbeschlussantrag durch die Verwaltung eingebracht worden. Der wurde auch entsprechend jetzt in der Tagesordnung verankert. Wird auch behandelt werden am nächsten Mittwoch.

Aber für den Fall, dass dieser Antrag scheitert, man muss es ja wenigstens so denken, nach den Mehrheiten oder nach dem Verhalten der Fraktionen auf der letzten Sitzung, dass sie also gesagt haben, wir ziehen das zurück, wie kriegen da eh keine Mehrheit, müssten wir jetzt damit rechnen, dass dieser Antrag scheitert. Und was passiert dann?

Also meines Wissens, ich habe mit Herrn Stäglin nochmal Rücksprache gehalten, wie wichtig eigentlich dieser weitere Beschluss ist. Die Frage der Gestaltung der Brücke ist ja dabei eher wahrscheinlich der minderbringende Teil. Der wichtigere Teil ist ja wahrscheinlich die Planungsvereinbarung mit der Bahn, wo die Verwaltung ermächtigt werden muss, diesen Vertrag zu schließen.

Ja, wie könnte es jetzt weiter gehen, für den Fall dass, nachdem Herr Lange leider nicht bereit war, die entsprechende Vorlage, die die Verwaltung meines Wissens auch eingebracht hatte, auf die Tagesordnung zu setzen? Ja, wie geht es da weiter? Wie kann es da weitergehen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Möchten Sie anfangen?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Ich würde insoweit anfangen und ein Stück korrigieren.

Beides ist wichtig. Wenn denn der Rat sich für ein Aufweitungsverlangen entscheidet, ist es notwendig, nicht nur zu sagen, Planungsvereinbarung sondern Planungsvereinbarung braucht ein Ziel. Und das Ziel wäre Beschlusspunkt 1 der Vorlage und der zweite Beschlusspunkt war die finanzielle Auswirkung, was deutlich bei den Wertgrenzen liegt, die wir als Verwaltung selbst mit der Bahn unterschreiben können.

Zum weiteren Verfahren. Würden Sie machen, war so abgestimmt?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Nachdem wir uns so verständigt hatten, es war etwas misslich, gebe ich zu, haben wir uns natürlich überlegt, wie können wir das lösen. Und die Lösung ist, dadurch dass die Bahn eine unmittelbare Beschlussfassung verlangt, ist es auch keine Angelegenheit des Oberbürgermeisters, haben wir uns so verständigt, dass, wenn der Aufhebungsbeschluss keine Mehrheit finden sollte, Herr Lange dann während der Sitzung, nach diesem Tagesordnungspunkt und unverzüglich im Nachgang zu unserer Sitzung zu einer neuen Sitzung einlädt und den Alternativbeschluss, den Herr Stäglin vorbereitet hat, zur Abstimmung stellt.

Dadurch haben wir dann eine klare Entscheidungsgrundlage an diesem Tag und wir können es am nächsten Tag der Bahn mitteilen.

Das ist eine Lösung aus diesem Dilemma, das wir jetzt hatten.

Herr Bönisch

Und das geht, sozusagen diese Sitzung an einem Tag einzuberufen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja.

Herr Bönisch

Oder wäre es nicht besser, muss ich mal so sagen, wenn er prophylaktisch einluede?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Nein, das ist möglich. Ich kann, je nach Eilsituation besteht die Möglichkeit, formlos, fristlos, unverzüglich einzuladen. Und die Voraussetzungen sind auf Grund des Schreibens der Bahn gegeben und deshalb werden wir diesen Rahmen ausnutzen.

Und Herr Lange hat auch bestätigt, dass er das macht.

Herr Bönisch

O. k.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Ich würde aber trotzdem anregen, vielleicht noch mal einen Hinweis an die Stadträte zu geben, jetzt möglichst zeitnah, über das, was Sie jetzt gerade erklärt haben.

Aus folgendem Grund. Weil wir ja nicht wissen, es sind bestimmt ein paar Stadträte dabei, die an dem Tag nicht teilnehmen, die aber auch nicht in Kenntnis sind, dass es eine Anschlussitzung geben würde zu einem wichtigen Sachverhalt.

Ich sage nur, die vielleicht nicht kommen, weil Sie sagen, ich könnte erst ab 19:30 Uhr oder so was, aber dann würde ich kommen.

Die würden de facto ausgeschlossen sein, weil der Sachverhalt erst während der Sitzung bekannt wurde. Das könnte man zumindest, dem könnte man so begegnen, auch wenn es geht rechtlich, so begegnen, dass man sie in Kenntnis setzt, dass dieser Fall eintreten kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das würde ich mit Herrn Lange nochmal abstimmen. Und Herr Lange würde dann eine Information schreiben.

Das war die Frage, gibt es weitere Fragen dazu?

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Eine Anregung dazu.

Ich weiß nicht, ob das rechtlich möglich ist. Das Öffentlichkeitsinteresse an dem Thema ist relativ groß. Also ist ja damit zu rechnen, dass wieder Bürgerinitiativen vor Ort sind.

Wäre es nicht sinnvoll, die Sondersitzung direkt nach dem Beschlusspunkt 6.10 zu machen, also die reguläre Sitzung zu unterbrechen für die Sondersitzung? Damit das Thema abgehandelt ist. Ansonsten müssen sie ja bis Abend um acht oder so warten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also das ist, glaube ich, rechtlich relativ schwierig, die reguläre Sitzung zu unterbrechen und dann eine Sondersitzung reinzuschieben. Also ich halte es für problematisch.

Wir sollten, wir bewegen uns eh in der rechtlich möglichen Auslegung und wir sollten es, glaube ich, nicht überstrapazieren.

Also ich tendiere, so haben wir es jetzt auch abgestimmt mit Herrn Lange, dass so zu machen, wie jetzt dieser Vorschlag ist. Ich halte es für sinnvoller.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ich möchte noch einen Kommentar abgeben, was Herrn Lange betrifft.

Herr Bönisch, Sie sagten jetzt, er hat es leider nicht mit draufgenommen. Er ist laut Geschäftsordnung dazu verpflichtet, darauf zu achten, dass kein Beschluss innerhalb, per inhaltsgleicher Beschluss innerhalb von sechs Monaten zweimal auf die Tagesordnung kommt. Also insofern hat er nicht es nicht mit draufgenommen, sondern er hat Geschäftsordnungskonform gehandelt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das können wir uns unterschiedlich jetzt auslegen, wie man es möchte. Ich denke, wir haben eine vernünftige Lösung gefunden, um an dem Abend zu einem Ergebnis zu kommen. Und das ist ja eigentlich dann auch das Entscheidende.

Weitere mündliche Anfragen?

Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Ich verbinde meine Anfrage mit dem Dank an die Verwaltung, dass sie diese Lösung da jetzt gefunden hat. Weil wir da ja auch, mit Herrn Bönisch hatte ich ein längeres Telefongespräch zu dem Thema, es ja wirklich eine komplizierte Situation ist auf Grund dieser, ich sage mal pari-pari Situation, mit grundsätzlichen, unterschiedlichen politischen Auffassungen.

Also insofern finde ich das gut, dass wir da am Mittwoch einer Lösung entgegen gehen, mit hoffentlich gutem Ausgang.

Ende des Wortprotokolls.

zu 9.8 Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum städtischen Sportfest

Herr Wolter fragte, ob die Idee des geplanten städtischen Sportfestes auch auf die Fraktionen bezogen sei.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde mitgeteilt, dass zum Sportfest der gesamte Konzern Stadt einschließlich aller Stadträtinnen und Stadträte eingeladen werde. Bis Mai 2015 soll dazu ein Konzept erstellt und der Termin für September geplant werden.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Anregung Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Wirtschaftsförderungskonzeption

Zur Wirtschaftsförderungskonzeption regte **Herr Bönisch** an, sich vor dem im April 2015 geplanten Workshop gründlich zum Konzept zu verständigen und mit allen Beteiligten abzustimmen.

zu 10.2 Anregung Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Verlinkung der städtischen Internetseite

Herr Bönisch informierte darüber, dass auf der Homepage der Stadt Halle bei der Verlinkung zur CDU/FDP-Stadtratsfraktion immer noch die alten Seiten der CDU-Fraktion aufgerufen werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Korrektur zu.

zu 10.3 Anregung Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Veröffentlichungen von Berichten und Präsentation in Ausschüssen

Herr Bönisch bat darum, den Bericht des Oberbürgermeisters aus den Stadtratssitzungen im Internet bereitzustellen. Gleiches erbat er für die Berichterstattung im öffentlichen Teil der Beigeordnetenkonferenz.

Frau Ernst, Leiterin Büro des Oberbürgermeisters, machte darauf aufmerksam, dass es bereits eine Veröffentlichung im Ratsinformationssystem gäbe.

Weiterhin berichtete **Herr Bönisch** vom Ausfall des Beamers in der vergangenen Woche im Sozial- und Gesundheitsausschuss. Aus diesem Grund war es Herrn Godenrath nicht möglich, seinen Vortrag zu präsentieren. Da auch dieser Bericht noch nicht im Netz stehe, bat er um eine umgehende Veröffentlichung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte dies zu.

zu 10.4 Anregung Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Vertretern im Kulturforum

Auf die Anregung von **Herrn Wolter**, dass die Stadt Halle beim Kulturforum des Landes Sachsen-Anhalt in Wernigerode vertreten sein sollte, verwies **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, auf ihre Teilnahme.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete den öffentlichen Teil der 6. Hauptausschusssitzung.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Anja Schneider
Protokollführerin